



Bad Schwalbach, den 02.05.2018

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	14/X. Wahlperiode
Datum	Montag, 30. April 2018
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:34 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Harald Schmelzeisen	
--------------------------	--

Herr Winfried Steinmacher	vertreten durch Helga Becker
---------------------------	------------------------------

Herr Günter Heckel	vertreten durch Roubina Wendel
--------------------	--------------------------------

Frau Annette Reineke-Westphal	
-------------------------------	--

Herr Klaus-Peter Güttler	
--------------------------	--

Herr Volker Mosler	
--------------------	--

Herr Udo Scheliga	
-------------------	--

Herr Christian Kessner	
------------------------	--

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

Herr Hans-Joachim Pirschle	
----------------------------	--

Herr Karl Ottes	
-----------------	--

tet sind.

Landrat Kilian informiert darüber, dass die Abstimmung mit den Städten Taunusstein und Bad Schwalbach terminiert ist. KB Döring bittet um Verständnis, dass zur Frage der Waldschneise und der P+R Parkplätze und zu vielen anderen Detailfragen noch keine Erkenntnisse vorliegen, weil sich die Planung noch in einem sehr frühen Stadium befindet.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal und Schmelzeisen.

Die Abg. Hoffmann und Kessner bitten um schriftliche Beantwortung ihrer Fragen, damit der Berichtsantrag Nr. 08/17 für erledigt erklärt werden kann.

KB Döring sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 3. DS X/607 Modellregion Ökolandbau; hier: Berichtsantrag Nr. 10/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.04.2018, eingegangen am 10.04.2018

Landrat Kilian erläutert, dass der Kreisausschuss der Bewerbung als Modellregion für den Ökolandbau zugestimmt hat. Abg. Reineke-Westphal begrüßt das.

Über den Berichtsantrag Nr. 10/18 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung**

Beschluss:

Es wird um Bericht zur Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Erwartungen knüpft der RTK an diese Bewerbung?
2. Gibt es bereits Information über die Erfolgsaussichten dieser Bewerbung?

TOP 4. DS X/608 Mobilität im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Berichtsantrag Nr. 11/18 der SPD-Fraktion vom 11.04.2018

Abg. Güttler erläutert den Antrag. An der Diskussion zum Berichtsantrag 11/18 beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Hoffmann, Mosler, KB Döring und Landrat Kilian.

Über den Berichtsantrag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss möge Auskunft über folgende Fragen geben:

1. Wie viele PKW sind im Rheingau-Taunus-Kreis zugelassen?
 - a. Wie viele dieser PKW sind Diesel-Fahrzeuge?
 - b. Wie viele dieser Diesel-PKW sind Euro 4 / Euro 5 / Euro 6?
2. Wie viele Kraftfahrzeuge mit Elektroantrieb sind im Rheingau-Taunus-Kreis zugelassen?
3. Wie viele Kleintransporter (zulässiges Gesamtgewicht zwischen 2,0t und 3,5t) sind im Rheingau-Taunus-Kreis zugelassen?
 - a. Wie viele dieser Kleintransporter sind Diesel-Fahrzeuge?
 - b. Wie viele der im RTK zugelassenen Diesel-Kleintransporter sind gewerblich zugelassen?
 - c. Wie viele davon sind Euro 4 / Euro 5 / Euro 6?
4. Wie viele Fahrzeuge der vorgenannten Arten sind jeweils auf den Rheingau-Taunus-Kreis, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und die zugehörigen Eigenbetriebe gemeldet?

TOP 5. DS X/609 Kundenbeteiligung im ÖPNV; hier: **Berichts Antrag Nr. 12/18 der SPD-Fraktion vom 11.04.2018**

Abg. Güttler erläutert den Antrag. KB Döring informiert, dass ein Bericht vorliegt, der die Fragen aus dem Berichts Antrag 12/18 beantwortet. Der Bericht ist der **Niederschrift als Anlage 1** beigefügt. Die Vertreter der SPD-Fraktion nehmen das zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 6. DS X/611 WEA-Transporte; hier: **Berichts Antrag Nr. 13/18 der AfD-Fraktion vom 11.04.2018**

Abg. Kessner begründet den Berichts Antrag. An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Mosler und Ausschussvorsitzender Weimann. Landrat Kilian weist darauf hin, dass nicht alle der gewünschten Informationen vorliegen, da der Rheingau-Taunus-Kreis nicht in allen Fragen zuständig ist.

Über den Berichts Antrag 13/18 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei zwei Gegenstimmen und fünf Enthaltungen**

Beschluss:

In den letzten Wochen führten mehrere Schwertransporte zu den geplanten Wind-Energieanlagen in Heidenrod-Springen durch Kreisgebiet. Dazu folgende Fragen an die Verwaltung:

- 1 .Wie viele Schwertransporte wurden bisher im Zuge dieser Maßnahme durchgeführt?
2. Können Schwertransporter das Baustellengelände direkt anfahren oder muss das Transportgut nochmals umgeladen werden. Falls ja wo und auf welches Transportmittel wird umgeladen?
- 3 . Nach unseren Informationen findet der Transport der Flügel der Windkraftanlagen u.a. auch durch bebaute Wohngebiete des Kreisgebietes statt.
 - 3.1. Welche Behörde ist zuständig für die Genehmigungen der Transporte?
 - 3.2 Wann wurden die Genehmigungen für die Transporte erteilt?
 - 3.3 Welche Art der Genehmigungen wurde erteilt?
 - 3.4 Wie ist der Gefahrenbereich definiert?
 - 3.5 Wurde berücksichtigt, dass im Gefahrenbereich bei ortsveränderlicher Last Kippgefahr besteht?
 - 3.6 Welche Versicherungsweise musste der Transport-Unternehmer nachweisen, um die Transporte durchzuführen zu dürfen?
 - 3.7 Wären bei einem Unfall im Wohngebiet Schaden an Sachen und Personen versichert gewesen?
Wenn ja, in welchem Umfang und durch welche Art der Versicherung?
 - 3.8. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Genehmigungen beim Transport durch Wohngebiete erteilt ?
 - 3.9. Auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Genehmigungen beim Transport durch Strassen des Kreisgebietes erteilt?
 - 3.10. Welches Gewicht und welche Abmessungen hat der transportierte Flügel jeweils?
 - 3.11. Welche Sicherungsmaßnahmen für die Bewohner und deren Eigentum wurden ergriffen?
 - 3.12. Gibt es bei diesen Transportvorgängen separates Sicherungspersonal welches überprüft, dass sich keine Personen im Gefahrenbereich des Transportes aufhalten?
 - 3.13. Wird bei den Transporten auch Privatgelände von Anwohnern befahren und liegen dafür von allen Anwohnern Einverständniserklärungen vor?
 - 3.14. Muss der durchführende Transportunternehmer sämtliche Genehmigungen mit sich führen und muss der Unternehmer diese auf Verlangen der Polizei vorlegen können?
 - 3.15. Findet der Transport der Flügel nur auf den Straßenbereich statt oder werden die Lasten mittels Schwenkvorgängen auch über das Eigentum (Grundstücke und Wohnhäuser) der Anwohner durchgeführt?
 - 3.16. Falls Schwenkvorgängen auch über das Eigentum (Grundstücke und Wohnhäuser) der Anwohner durchgeführt werden liegen dem Kreis, RP und den Transporteuer dafür von allen Anwohnern Genehmigungen vor?
 - 3.17. Welche Sicherungsmaßnahmen werden ergriffen, dass sich bei diesen Schwenkvorgängen über Privatgelände keine Anwohner im Gefahrenbereich befinden? Falls Personen, Wie viele pro Transport?
 - 3.18 Für welche Zeitfenster (Wochentage, Uhrzeiten) liegen Genehmigungen für die Transporte vor (Montag bis Freitag oder auch Samstag bis Sonntag)?
 - 3.19 Welche(s) Unternehmen führen/führten die Transporte durch?
 - 3.20. Welche Qualifikationsnachweise mussten die durchführenden Personen des Unternehmen vorlegen, um die Erlaubnis zur Durchführungen von Transporten dieser Art zu erlangen?

4. Liefern bisher alle Transporte störungsfrei ab oder kam es zu Zwischenfällen?
Falls ja welche Art von Zwischenfällen und wie viele Zwischenfälle?
Hatten die Zwischenfälle mit dem Ladungsgut oder den Anwohnern zu tun?

TOP 7. DS X/553 Grundstücksankauf Gewerbegebiet "Ober der Hardt" in Bad Schwalbach

KB Ottes und Landrat Kilian erläutern die DS X/553. An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal und Hoffmann. Abg. Reineke-Westphal bittet darum, den EUKA zu informieren, wenn sich durch den Bau des Wertstoffhofes in Bad Schwalbach Änderungen in der Abfallwirtschaft ergeben. KB Ottes sagt die Berichterstattung zu.

Über die DS X/553 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Abg. Hoffmann spricht die Empfehlung aus, den Tagesordnungspunkt auf die TO II im Kreistag zu setzen.

Auch darüber wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Dem beiliegenden Entwurf des Notarvertrages zum Ankauf des Grundstückes Nr. 20 im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“ in Bad Schwalbach wird zugestimmt.

TOP 8. DS X/575 Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums im Rheingau-Taunus-Kreis

Landrat Kilian erläutert die DS X/575. Die SPD-Fraktion begrüßt ausdrücklich die von Landrat Kilian vorgelegte Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums und stellt den als **Anlage 2 zur Niederschrift** beigefügten Antrag zur Ergänzung der Beschlussfassung.

Auch die AfD-Fraktion stellt einen Antrag zur Ergänzung der Beschlussfassung und zur Ergänzung der Strategie. Der Antrag ist der **Niederschrift als Anlage 3** beigefügt. Abg. Reineke-Westphal bittet die AfD-Fraktion darum, dass umfangreiche Anträge den Abg. rechtzeitig vor der Sitzung übergeben werden, da der Umfang des Antrags für eine Prüfung in der Sitzung zu umfassend ist.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Mosler, Kessner, Scheliga, Hoffmann, Güttler, Reineke-Westphal, Ausschutsvorsitzender Weimann und Landrat Kilian.

Zunächst wird über den Antrag der SPD-Fraktion vom 25.04.2018 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei vier Ja-Stimmen**

Sodann wird über den Antrag der AfD-Fraktion vom 27.04.2018 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme und einer Enthaltung**

Dann erfolgt die Abstimmung über die DS X/575.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums im Rheingau-Taunus-Kreis (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9. DS X/569 Verbesserung der Situation des Busverkehrs im Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 11/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2018, eingegangen am 09.02.2018

Der Berichtsantrag wurde in der letzten Sitzung des EUKA einstimmig beschlossen. KB Döring sieht die Zuständigkeit für die Berichterstattung und Konzeptionierung aber eher in der Gesellschafterversammlung des RTV verortet.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Hoffmann, Schmelzeisen, Ausschussvorsitzender Weimann und KB Döring. Im Ergebnis der Diskussion erklärt Abg. Reineke-Westphal die Absicht, den Antrag ändern zu wollen.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 10. DS X/570 Mobilitätskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis; hier: Antrag Nr. 12/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2018, eingegangen am 09.02.2018

Der gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird durch einen Antrag der SPD-Fraktion vom 27.04.2018, der der **Niederschrift als Anlage 4** beigefügt ist, ergänzt.

Die Vertreter der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen erklären, den Antrag der SPD-Fraktion in ihren Antrag zu übernehmen. Zur Klarstellung sollen in den Sätzen 1 und 6 Ergänzungen vorgenommen werden.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Reineke-Westphal, Güttler, Mosler und Hoffmann. Abg. Hoffmann merkt an, dass ein zu erstellendes Mobilitätskonzept zwei Szenarien untersuchen muss: mit und ohne Citybahn. KB Döring weist darauf hin, dass für das Mobilitätskonzept zunächst Mittel im Haushalt 2019 bereitgestellt werden müssen und dass zum Zeitpunkt der Genehmigung des Haushaltes 2019 schon eine größere Sicherheit hinsichtlich der Frage besteht, welches Szenario wahrscheinlicher umgesetzt wird.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei zwei Gegenstimmen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, möglichst zusammen mit der Landeshauptstadt Wiesbaden einen umfassenden Verkehrsentwicklungsplan/ein Mobilitätskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis und Wiesbaden zu erstellen und dem Kreistag vorzulegen. Dieser soll den kompletten Verkehrsbedarf vom ÖPNV über die Kreisstraßenquantität/-qualität sowie die Rad- und Nahwege bis hin zur umweltfreundlichen Mobilität (Elektromobilität bspw. E-Bikes, Mobilitätszentralen etc.) beinhalten. Der Verkehrsentwicklungsplan/das Mobilitätskonzept sollte den Zeitraum bis 2030 mit der Zwischenstufe 2025 umfassen. Hierbei sind die Teilverkehrsplanungen der Kommunen in die Kreisplanung des Verkehrsentwicklungsplans mit aufzunehmen und zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist ebenso ein bürgerorientierter Mobilitätsservice miteinzubeziehen, sodass ein Mobilitätsangebot im Kreis flächendeckend zur Verfügung steht. Mit dem Mobilitätsangebot soll auch erreicht werden, dass die Bewohner im Rheingau-Taunus-Kreis von jedem Ortsteil einer Stadt/Gemeinde des RTK in der Zeit von werktäglich 6.00 - 22.00 Uhr innerhalb von einer Stunde in das nächste Mittelzentrum gelangen können. Der erläuterte komplette Verkehrsbedarf im Rheingau-Taunus-Kreis ist in einer systemischen Analyse der derzeitigen und zukünftigen Verkehrsströme konzeptionell aufzuarbeiten, darüber hinaus sollen Verbesserungsmöglichkeiten und zukünftige Maßnahmenentwicklungen beleuchtet werden. Der Verkehrsentwicklungsplan soll zudem maßnahmenbezogen einen Zeit- und Kostenplan einschließen, welcher ggf. auch Fördermöglichkeiten aufzeigt. Die Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes sind zu eruieren und auszuschöpfen. Zur Erstellung eines solchen Verkehrsentwicklungsplans/Mobilitätskonzept sind die Fördermittel des Bundes und des Landes Hessens zu eruieren. Die Beratung durch das Hessische Wirtschaftsministerium und das IVM ist bei der Konzepterstellung und der Umsetzung der Maßnahmen ebenso zu berücksichtigen und in Anspruch zu nehmen. Die Erstellung des Konzeptes darf nicht zu Verzögerungen bei konkreten Planungen zur CityBahn, dem Beitritt zur CityBahn GmbH und kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung des Bussystems führen. Diese sind unverzüglich unabhängig von dem Konzept weiterhin effektiv zu verfolgen. Die hierfür benötigten Mittel sind in dem Haushalt 2019 einzuplanen und bereitzustellen.

TOP 11. DS X/577 Fahrverbote;

hier: Antrag Nr. 13/18 der AfD-Fraktion vom 28.02.2018

Abg. Kessner begründet den Antrag. Ausschussvorsitzender Weimann weist darauf hin, dass durch die fehlende Zustimmung der Aufsichtsbehörde zunächst keine Durchfahrtsverbote in Wiesbaden ausgesprochen werden können.

Über den Antrag der AfD-Fraktion vom 28.02.2018 wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme und drei Enthaltungen**

TOP 12. DS X/597 E-Government; hier: Antrag Nr. 15/18 der CDU-Fraktion vom 03.04.2018

Abg. Hoffmann bittet darum, den Antrag in Punkt 2 zu ergänzen: vor der Erarbeitung des E-Government-Konzeptes soll zunächst die Verabschiedung des E-Government-Gesetzes des Landes Hessen abgewartet werden. Diesem Vorschlag wird von der CDU-Fraktion zugestimmt. An der Diskussion über den Antrag beteiligen sich die Abg. Kessner und Güttler. Abg. Kessner bittet darum, dass den Belangen der älteren Bevölkerung bei der Erarbeitung des Konzeptes besonders Rechnung getragen wird.

Sodann wird über den ergänzten Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, ein E-Government-Konzept für den Rheingau-Taunus-Kreis auszuarbeiten mit dem Ziel ein kreisweites Onlineportal zu implementieren, über das die Bürger im Kreis sowie bei der jeweiligen Stadt oder Gemeinde ihre Verwaltungsgänge online abwickeln können. Dabei ist ein gemeinsames Vorgehen zwischen kreisangehörigen Kommunen und Kreis sinnvoll, um einen möglichst zwischen den Verwaltungsebenen bruchfreien digitalen Zugang für die Bürger zu ermöglichen. Demgemäß sind zunächst die Verfahrensstände zum E-Government bei den kreisangehörigen Kommunen abzufragen, um insbesondere mögliche technische und systemische Synergien nutzbar zu machen.
2. Dem Kreistag ist das Konzept nach Verabschiedung des E-Government-Gesetzes des Landes Hessen vorzulegen.

TOP 13. DS X/605 Konzept zur Beseitigung des Sozialwohnungsmangels; hier: Antrag Nr. 16/18 der Fraktion "DIE LINKE" vom 10.04.2018

Abg. Pörtner erläutert den Antrag 16/18 der Fraktion Die LINKEN. Er sieht das Thema Sozialwohnungsbau in der Strategie zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums nicht ausreichend gewürdigt. Abg. Scheliga nimmt zum Antrag Stellung.

Über den Antrag wird sodann abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt bei einer Ja-Stimme und fünf Enthaltungen**

TOP 14. DS X/606 Förderung der Artenvielfalt und Insektenfreundlichkeit; hier: Antrag Nr. 17/18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.04.2018, eingegangen am 10.04.2018

Abg. Reineke-Westphal erläutert den Antrag. KB Dr. Orth-Krollmann und Landrat Kilian informieren dazu, dass dem Kreis kaum Flächen zur Verfügung stehen, die mit insektenfreundlicher Vegetation angelegt werden können und dass die EU ein Förderprogramm mit der gleichen Zielrichtung für Landwirte aufgelegt hat. Bei der Antragstellung unterstützt der Rheingau-Taunus-Kreis.

An der Diskussion beteiligen sich die Abg. Mosler und Pörtner. Abg. Reineke-Westphal erklärt daraufhin, dass der Antrag überarbeitet werden soll.

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 15. DS X/610 Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG): Entscheidung über Katastrophenfall muss beim Landrat als Verantwortlichem vor Ort bleiben; hier: Antrag Nr. 18/18 der SPD-Fraktion vom 11.04.2018

Abg. Güttler begründet den Antrag.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen bei zwei Gegenstimmen**

Beschluss:

Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises sieht die Pläne des Hessischen Innenministeriums, das Hessische Brand- und Katastrophenschutzgesetz ändern zu wollen, insgesamt kritisch.

Der Kreistag hält insbesondere die in §34 HBKG avisierte Verankerung eines Zustimmungserfordernisses zu Gunsten des Innenministeriums für das Ausrufen des Katastrophenfalls weder für zielführend noch für ohne größere Probleme praktikabel. Der Kreistag hält es für erforderlich, dass besonders im Katastrophenfall weiterhin klare Verantwortlichkeiten bestehen und stellt fest, dass der Gesetzentwurf des Hessischen Innenministeriums hierzu eine klare Regelung vermissen lässt.

Der Kreistag fordert, dass der Landrat als untere Katastrophenschutzbehörde und als politisch Verantwortlicher vor Ort auch weiterhin den Katastrophenfall eigenverantwortlich feststellen kann und lehnt somit die vom Hessischen Innenministerium entworfene Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes ab.

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, im Rahmen der noch ausstehenden Anhörung eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

TOP 16. DS X/612 Ultranet-Trasse; hier Antrag Nr. 19/18 der Fraktion "DIE LINKE" vom 11.04.2018

Abg. Pörtner erläutert den Antrag. Landrat Kilian sagt zu, dass im Bericht des Landrates in der nächsten Kreistagssitzung über das Thema Ultranet informiert wird.

Der Antrag wird vom Abg. Pörtner auch im Hinblick auf die am 06.12.2017 im Kreistag erfolgte Beschlussfassung zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis: **vom Antragssteller zurückgezogen**

TOP 17. DS X/593 Bericht über den Zustand der Kreisstraßen mit Stand März 2018

KB Pirschle erläutert den Bericht über den Zustand der Kreisstraßen. Er sagt zu, dass den Abg. ein Plan aus der die Nummerierung der Kreisstraßen ersichtlich ist, zugeht. Der Bericht beinhaltet nach Aussagen von KB Pirschle nur Aussagen über den Zustand der Kreisstraßen aber nicht die zeitliche Abfolge der Baumaßnahmen.

KB Pirschle schlägt vor, regelmäßig im EUKA über geplante Baumaßnahmen an Kreisstraßen zu berichten. Der Vorschlag wird vom Gremium angenommen.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Abg. Kessner fragt an, wann mit der Berichterstattung zum Antrag der AfD-Fraktion zur Nutzung des Kreishauses zu rechnen ist. Landrat Kilian informiert dazu, dass die Berichterstattung aufgrund der gewünschten Detailschärfe, noch Zeit in Anspruch nimmt. Er sichert die schnellstmögliche Berichterstattung zu.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Weimann gibt es keine weiteren Wortmeldungen zum TOP Verschiedenes.

Der Ausschussvorsitzende Weimann dankt den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit, wünscht eine gute Heimreise und schließt die Sitzung um 18:34 Uhr.

Bad Schwalbach, 2. Mai 2018

.....
(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Yvonne Grein)
Schriftführerin